

SWP-Aktuell

NR. 56 DEZEMBER 2025

American Minerals First

Die Rohstoffpolitik der USA unter Donald Trump

Inga Carry

Kritische Rohstoffe sind zu einem Schlüsselthema der Trump-Administration geworden. Mit einer Mischung aus Deregulierung, staatlicher Steuerung und Finanzierung will sie die amerikanische Rohstoffindustrie ausbauen. Denn die hohe Abhängigkeit der USA von chinesischen Rohstoffen zwingt Washington bei Verhandlungen mit Peking zu schmerzhaften Zugeständnissen. Trump nutzt die Rohstofffrage nun selbst als geopolitischen Hebel, um seine handels- und sicherheitspolitischen Interessen global geltend zu machen. Während multilaterale Foren wie die Minerals Security Partnership brachliegen, setzt Trump auch im Rohstoffsektor auf bilaterale Deals. Bei der Sicherung kritischer Rohstoffe konkurriert Europa mittlerweile nicht mehr nur mit China, sondern auch mit den USA. Daher sollte die Europäische Union (EU) ihre Rohstoffsoveränität entschlossener stärken, ohne sich bei Fragen der Nachhaltigkeit und regelbasierter Kooperation von Trump in die Defensive drängen zu lassen.

Im Januar 2025 begann Donald Trumps zweite Amtszeit als Präsident der USA. Seitdem hat sich der Ausbau der amerikanischen Rohstoffindustrie zu einem zentralen Anliegen seiner Administration entwickelt. Es gehört zu den wenigen Themen, die derzeit in Washington überparteilichen Zuspruch erfahren. Zugleich zieht sich die Rohstofffrage wie ein roter Faden durch zahlreiche Kernbereiche von Trumps politischer Agenda: von der Rückansiedlung der amerikanischen Industrie und der Schaffung von Arbeitsplätzen über die Stärkung der Verteidigungs- und der Hightech-Industrie bis hin zu einer außenpolitischen Neuausrichtung im Umgang mit traditionellen Partnern und Ländern des Globalen Südens.

Im Mittelpunkt steht dabei der strategische Wettbewerb mit China, in dem Washington seine strukturellen Abhängigkeiten verringern und zugleich die eigene geopolitische Handlungsfähigkeit gegenüber Peking vergrößern will. Die USA sind in hohem Maße abhängig von Rohstoffimporten aus China: Bei 21 nicht-energetischen Rohstoffen ist China wichtigster Lieferant. Ihren Bedarf an seltenen Erden decken die USA zu 80 Prozent über Importe. Zwischen 2020 und 2023 stammten rund 70 Prozent der Importe aus China. Dabei waren die USA bis in die 1990er Jahre selbst führender Produzent seltener Erden. Während China seitdem ein Quasi-Monopol entlang der gesamten Wertschöpfungskette aufgebaut hat, wurden die Förderung und die



Verarbeitung seltener Erden aus den USA weitgehend ausgelagert. Bei vielen kritischen Rohstoffen besteht vor allem in der »Mitte« der Lieferkette, also bei Weiterverarbeitung und Veredelung, inzwischen ein Kapazitätsdefizit.

US-amerikanische Rohstoffpolitik von Obama bis Biden

Mit der Einführung chinesischer Exportrestriktionen für seltene Erden im Jahr 2010 sowie dem unter Präsident Obama angestrebten Ausbau der amerikanischen Clean-Tech-Industrie rückte die Frage der Rohstoffversorgung als zentrales Element wirtschaftlicher und nationaler Sicherheit erstmals in den politischen Fokus der US-Regierung. Angesichts wachsender Spannungen mit China wurde sie vor allem in Trumps erster Amtszeit (2017 – 2021) als strategisches Element in der US-Wirtschafts- und -Sicherheitspolitik verankert. Gemäß dem Energy Act von 2020 gelten Rohstoffe als »kritisch«, wenn sie für die wirtschaftliche und nationale Sicherheit der USA unverzichtbar sind, die Versorgung mit ihnen störanfällig ist und sie eine Schlüsselrolle bei der Herstellung von Produkten spielen, deren Ausfall erhebliche Folgen für die USA hätte. Eine vom U.S. Geological Survey erstellte Liste umfasste anfänglich 35 solcher als kritisch eingestufte Rohstoffe. Parallel dazu führen das Energieministerium und das in Kriegsministerium umbenannte Pentagon eigene Listen, die Rohstoffe nach spezifischen Anwendungsgebieten als kritisch identifizieren und sich deshalb nur teilweise überschneiden.

Zum Ende seiner ersten Amtszeit erklärte Präsident Trump wegen der hohen Importabhängigkeit von kritischen Rohstoffen einen nationalen Notstand und gab eine Untersuchung möglicher Zölle und Importrestriktionen für Rohstoffe aus China in Auftrag. Die für Trump charakteristische Ambivalenz im Umgang mit Partnern zeigte sich auch in der Rohstoffpolitik: Einerseits verhängte Washington Zölle auf Stahl und Aluminium gegen Partnerländer wie Kanada,

andererseits etablierte es den Canada-U.S. Joint Action Plan on Critical Minerals Collaboration, der die Versorgung mit kritischen Rohstoffen durch mehr wirtschaftliche Kooperation zu stärken sucht.

Unter dem Eindruck von Lieferkettenengpässen und geopolitischen Konflikten rückte die Frage der Rohstoffsicherung unter Präsident Biden (2021 – 2025) weiter in den Mittelpunkt der politischen Agenda. Während die Biden-Regierung die Handelspolitik gegenüber China nochmals deutlich verschärfte, knüpfte sie die Rohstoffpolitik zugleich eng an ihre zentralen Wahlkampfthemen Klimaschutz und grüne Transformation. Subventionsprogramme wie der Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA) und der Inflation Reduction Act (IRA) umfassten öffentliche Fördermittel und Steuergutschriften für die Forschung zu und die Produktion und Verarbeitung von kritischen Rohstoffen. Darüber hinaus enthielt der IRA eine Kaufprämie für Elektroautos, deren Batterien und Rohstoffe aus den USA oder aus Ländern stammten, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen vereinbart haben. Diese Regelung schloss also rohstoffreiche Staaten wie Chile, Peru und Kanada mit ein – nicht aber die EU, was in Europa für Unmut sorgte.

Trotz internationaler Kritik an den protektionistischen Elementen des IRA zeichnete sich die Biden-Administration durch ein klares Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit in Rohstofffragen aus. Im Jahr 2022 initiierte sie die Minerals Security Partnership (MSP), ein multilaterales Kooperationsformat von derzeit 14 Industriestaaten plus der EU. Sein Ziel lautet, die Diversifizierung von Rohstofflieferketten gemeinschaftlich voranzutreiben. Ergänzend wurde das MSP-Forum geschaffen, das auch viele rohstoffreiche Staaten des Globalen Südens einbindet, ebenso das MSP Finance Network, das Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen und Exportkreditagenturen zusammenführt. Bis Ende 2025 wurden über die MSP mehr als 30 Projekte angestoßen.

»Mine, Baby, Mine«: Die neue Rohstoffagenda unter Trump II

Wirtschaftlicher Aufschwung gehört zu Trumps zentralen Wahlversprechen. Ausgelagerte Arbeitsplätze sollen in die USA zurückgeholt und die industrielle Basis des Landes soll gestärkt werden. In der Außenpolitik versprach Trump eine konsequente Ausrichtung an amerikanischen Interessen und eine härtere Gangart gegenüber China. Der Zugang zu kritischen Rohstoffen – von Trump häufig verkürzt auf seltene Erden – und die Kontrolle über sie bilden dabei einen durchgehenden Bezugspunkt; darin zeigt sich überdies die Verknüpfung wirtschafts-, sicherheits- und außenpolitischer Prioritäten seiner zweiten Amtszeit.

Kurz nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus Anfang 2025 erließ Präsident Trump eine Reihe von Verfügungen (Executive Orders) mit direktem oder indirektem Bezug zur Rohstoffpolitik. Trumps Anti-Klima- und Anti-Nachhaltigkeits-Politik setzt sich im Rohstoffbereich fort: Der U.S. Geological Survey erweiterte die Liste kritischer Rohstoffe auf 60 (die EU-Liste umfasst 34) und führt nun auch Uran und Koks-kohle auf. Die unter Biden verschärften Emissionsgrenzwerte für Kupferschmelzen werden für zwei Jahre ausgesetzt. Genehmigungsverfahren für Rohstoffprojekte im Sinne der nationalen Sicherheit sollen verschlankt und Umwelanforderungen gesenkt werden. Der Förderung kritischer Rohstoffe auf öffentlichem Land soll oberste Priorität bei dessen Nutzung eingeräumt werden. Daneben setzt sich die Trump-Administration über ein internationales Moratorium hinweg, indem sie den Rohstoffabbau künftig auch in der Tiefsee ermöglichen will, um sich im Wettbewerb mit China als führender Akteur im Tiefseebergbau zu positionieren.

Besonders der Defense Production Act (DPA) gewinnt in Trumps Rohstoffpolitik an Gewicht. Durch ihn erhält das Pentagon weitreichende Eingriffs- und Finanzierungsbefugnisse entlang der Rohstofflieferkette. Dabei ist die Regierung zunehmend bereit, erhebliche öffentliche Mittel einzusetzen.

Gemäß dem One Big Beautiful Bill Act (OBBBA), einer der wichtigsten Gesetzesinitiativen Trumps, sind rund 7,5 Milliarden US-Dollar für die Förderung der amerikanischen Rohstoffindustrie vorgesehen. Parallel dazu erwarb das Kriegsministerium im Juli 2025 Vorzugsaktien im Wert von 400 Millionen US-Dollar vom US-Konzern MP Materials und wurde damit größter Anteilseigner. Das Unternehmen betreibt die größte aktive Mine der USA für seltene Erden und soll das Land perspektivisch auch mit Permanentmagneten versorgen, die aktuell vor allem aus China importiert werden. Der Deal umfasst eine zehnjährige Abnahme- und Preisgarantie, die MP Materials einen staatlich garantierten Mindestpreis sichert. Im Gegenzug erhält die Regierung Anteile an möglichen Preissteigerungen.

Ein zweites zentrales Instrument ist die U.S. International Development Finance Corporation (DFC). Ursprünglich für die Entwicklungszusammenarbeit konzipiert, soll sie nun auch als strategischer Investor für Rohstoffprojekte agieren. Im Oktober 2025 gründete sie gemeinsam mit zwei internationalen Investmentgesellschaften aus New York und Abu Dhabi ein Konsortium zur Finanzierung solcher Projekte, das mit 1,8 Milliarden US-Dollar ausgestattet wurde.

Trumps Rohstoffpolitik setzt damit stark auf staatliche Steuerung und öffentliche Finanzierungen und steht daher offensichtlich im Widerspruch zur traditionell republikanischen Forderung nach fiskalischer Zurückhaltung. Als Rechtfertigung sollen Einsparungen an anderer Stelle dienen: Zwar werden mit dem OBBBA beträchtliche Mittel für die amerikanische Rohstoffindustrie in Aussicht gestellt. Zugleich aber wurden wichtige Förderinstrumente aus Bidens IRA gekürzt oder gestrichen, etwa Steuerbegünstigungen für Batterierohstoffe und Kaufprämien für Elektrofahrzeuge. Vor allem Letzteres dürfte langfristige Abnahmevereinbarungen großer Automobilhersteller mit Rohstoffproduzenten erschweren: Ohne staatliche Unterstützung rechnet die Branche mit einer deutlichen Abkühlung des amerikanischen E-Auto-Marktes. Zwar setzt

die Trump-Regierung auf diese Weise starke angebotsseitige Impulse für die Ausweitung der Rohstoffförderung, schwächt jedoch gleichzeitig jene Nachfrageanreize, die für den Aufbau tragfähiger Wertschöpfungsketten notwendig wären.

Darin spiegelt sich auch ein grundlegender strategischer Kurswechsel der USA wider: Während die Dekarbonisierung politisch an Bedeutung verliert, stehen nun die Rüstungs-, die Halbleiter- und die KI-Industrie im Fokus. Statt für die Energie- und die Mobilitätswende werden Rohstoffe zunehmend für verteidigungspolitische Zwecke gebunden. So sicherte sich das Pentagon kürzlich Rohstoffe im Wert von einer Milliarde US-Dollar, um die amerikanische Rüstungsindustrie zu unterstützen.

Trumps Zollpolitik trifft Realpolitik

Auch neue Zolleinnahmen dienen der Trump-Regierung als Rechtfertigung für erhöhte Staatsausgaben im Rohstoffsektor. Wie schon in seiner ersten Amtszeit führte Trump kurz nach seinem zweiten Amtsantritt erneut Zölle auf Stahl und Aluminium ein, die er im Juni von 25 auf 50 Prozent an hob (zurzeit gilt der Zollsatz für alle Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, das von einem gesonderten Handelsabkommen profitiert). Seit August 2025 gilt zudem ein Zollsatz von 50 Prozent auf den Import halbfertiger Kupfererzeugnisse und bestimmter Kupferderivate, um die eigene Kupferindustrie zu stärken. Laut dem Center for Strategic and International Studies greift die Maßnahme indes zu kurz, denn sie schützt vor allem bereits wettbewerbsfähige Teile der Wertschöpfungskette. Die eigentlichen Schwachpunkte bleiben weitestgehend bestehen, besonders die fehlende inländische Schmelz- und Raffineriekapazität.

Generell stößt Trumps Einsatz von Zöllen als industriepolitisches Druckmittel im Rohstoffsektor an seine Grenzen. Da die USA in hohem Maße auf Importe kritischer Rohstoffe angewiesen bleiben, werden in der Praxis zahlreiche Ausnahmen von den

Zollerhebungen gewährt. So unterliegen kritische (Energie-)Rohstoffe aus Kanada, einem der wichtigsten Lieferanten der USA, einem reduzierten Zollsatz. Auch die sogenannten reziproken Zölle, die gegen mehr als 90 Länder, darunter die EU, verhängt wurden, klammern viele kritische Rohstoffe vollständig aus. Am ehesten lässt sich die Verwundbarkeit der USA bei kritischen Rohstoffen jedoch in den Verhandlungen mit Peking beobachten. Schon die unter Präsident Biden verschärften Exportkontrollen für Halbleiter und Spezialtechnologien beantwortete Peking mit umfassenden Ausfuhrbeschränkungen für strategisch wichtige Rohstoffe. Als Trump im April 2025 einen Zollsatz von 54 Prozent auf chinesische Produkte erhob, reagierte China postwendend mit weiteren Restriktionen für seltene Erden und Permanentmagneten. Seither überziehen sich beide Seiten in rascher Abfolge mit neuen Zöllen und Exportkontrollen für kritische Rohstoffe, Hochleistungschips und Schlüsseltechnologien.

Diese Eskalationsspirale setzt vor allem die Automobil-, die Halbleiter- und die Verteidigungsindustrie der USA spürbar unter Druck. Auch wenn die Trump-Administration die US-amerikanische Rohstoffindustrie durch größere Finanzierungshilfen und schnelle Genehmigungen anzukurbeln versucht, wird sich die Abhängigkeit von chinesischen Lieferketten aufgrund der langen Laufzeiten bei Bergbauprojekten erst in einigen Jahren bis Jahrzehnten reduziert haben.

Die strukturelle Abhängigkeit von chinesischen Lieferungen zwingt Präsident Trump deshalb immer wieder zu Verhandlungen und Zugeständnissen, wie etwa zuletzt bei seinem Treffen mit Präsident Xi Jinping im Oktober 2025. Um Peking zu einer einjährigen Aussetzung der Exportrestriktionen zu bewegen, veranlasste Trump, die zuvor eingeführten Zölle auf chinesische Waren zu senken und die 50-Prozent-Durchdringungsregel auszusetzen. Doch die getroffenen Vereinbarungen wurden in der Vergangenheit immer wieder kassiert, und China hat bislang lediglich eine Verschiebung seiner

Maßnahmen zugesichert. Deswegen sucht die Trump-Administration nach weiteren Möglichkeiten, um die amerikanische Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffimporten nachhaltig zu reduzieren.

Die Kunst des Rohstoffdeals

»In rund einem Jahr werden wir so viele kritische Rohstoffe und seltene Erden haben, dass wir gar nicht wissen, was wir damit anfangen sollen«, erklärte Donald Trump im Oktober 2025, nachdem er im Zuge einer Auslandsreise gleich mehrere Rohstoffabkommen geschlossen hatte. Neben Absichtserklärungen mit Saudi-Arabien, Thailand und Malaysia wurden zuletzt Abkommen mit Japan und Australien unterzeichnet, die konkrete Kooperations- und Investitionspläne vorsehen. Auch Trumps wiederholtes Liebäugeln mit expansionistischen Ideen – Kanada als 51. US-Bundesstaat und Kontrolle über Grönland, beides rohstoffreiche Länder – macht deutlich, welche zentrale Rolle der Zugang zu kritischen Rohstoffen und strategischen Handelsrouten für seine Regierung einnimmt. Staats- und Regierungschefs, die mit Trump verhandeln, sind sich dessen mittlerweile genau bewusst.

Rohstoffe für Sicherheit

So war es kein Zufall, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die (vermuteten) Rohstoffvorkommen seines Landes in die Verhandlungen über die US-amerikanische Unterstützung im Ukraine-Krieg einbrachte, und ebenso wenig, dass der russische Präsident Wladimir Putin direkt nachzog und seinerseits den USA Zugang zu seinen eigenen Rohstoffvorkommen in Aussicht stellte. Darum beinhaltet auch Washingtons ursprünglicher 28-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine eine vertiefte Zusammenarbeit beider Länder mit den USA bei der Förderung kritischer Rohstoffe.

Tatsächlich markierte das Rohstoffabkommen mit der Ukraine einen Wendepunkt in der Haltung Donald Trumps gegenüber der Rolle der USA im Ukraine-Krieg. Das Abkommen sieht neben der Einrichtung eines gemeinsamen Investitionsfonds für den Wiederaufbau der Ukraine eine Klausel vor, die US-amerikanischen Unternehmen bevorzugten Zugang zu neuen ukrainischen Rohstoffprojekten einräumt. Entgegen einstigen Befürchtungen bleiben die Rohstoffe jedoch weiterhin unter ukrainischer Souveränität. Ob der Fonds einen wirksamen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten wird, bleibt abzuwarten. Aussagen zu ukrainischen Rohstoffvorkommen basieren auf veralteten geologischen Daten. Zudem liegt ein Großteil der Vorkommen in den derzeit von Russland besetzten und umkämpften Gebieten, was eine kommerzielle Erschließung schwierig macht. Doch der Anreiz des Abkommens für beide Seiten ist klar: Präsident Selenskyj sicherte sich zumindest vorerst die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA; Präsident Trump kann den Deal als innenpolitischen Erfolg verkaufen.

In ähnlicher Weise verfolgt die strategische Partnerschaft der USA mit der Demokratischen Republik Kongo das Ziel, deren Sicherheitsbedürfnisse enger mit den rohstoff- und wirtschaftspolitischen Interessen der USA zu verknüpfen. Die Partnerschaft baut auf ein inzwischen brüchiges Friedensabkommen zwischen der DR Kongo und Ruanda auf. Der Ausbau der lokalen Rohstoffindustrie soll helfen, die wirtschaftliche Stabilität der Region zu sichern, Investitionen anzuziehen und so zu Aufschwung und Frieden beizutragen.

Dabei ist auch hier keineswegs sicher, ob das Abkommen tatsächlich substantielle wirtschaftliche Investitionen nach sich zieht, denn diese müssen am Ende vor allem von privatwirtschaftlichen Akteuren getätigt werden. Darüber hinaus laufen Washington und Kinshasa Gefahr, die Komplexität des seit Jahren zwischen der DR Kongo und Ruanda schwelenden Konflikts zugunsten kurzfristiger politischer Erfolge

zu vernachlässigen. Für eine nachhaltige Friedens- und Stabilisierungsperspektive ist eine entwicklungs- und sicherheitspolitische Begleitung vonnöten, welche die Ursachen des Konflikts berücksichtigt und besonders im hochriskanten Rohstoffsektor Governance- und Nachhaltigkeitsstandards stärkt. Genau diese Begleitung droht jedoch auszubleiben, nicht zuletzt durch den drastischen Abbau des Engagements der USA in der Entwicklungszusammenarbeit, ihren Rückzug aus multilateralen Partnerschaften und die einseitige Konzentration auf amerikanische Interessen.

Diese Neuausrichtung der US-amerikanischen Rohstoffaußenpolitik hat Konsequenzen über einzelne Projekte hinaus. Sie markiert eine Rückkehr zu einem extraktivistischen, strikt transaktionalen Ansatz, bei dem Partnerländer erneut vor allem als Rohstofflieferanten betrachtet werden. Rohstoffe dienen der US-Regierung dabei zugleich als Köder und als machtpolitisches Druckmittel in Verhandlungen über Zölle und entwicklungspolitische Zuwendungen. Für Länder, die auf Washingtons Unterstützung angewiesen sind, erhöht sich damit der Druck, den Forderungen der USA nachzugeben, auch wenn diese den eigenen langfristigen Interessen widersprechen. Trump wiederum kann sich als Deal- und Peacemaker präsentieren, der entwicklungspolitische Zusammenarbeit streng an den wirtschaftlichen Interessen der USA ausrichtet und gleichzeitig Frieden, wirtschaftliche Prosperität und Sicherheit schafft.

Dabei kann der Vorrang kurzfristiger Gewinne ohne nachhaltige und verlässliche Entwicklungsperspektive Washingtons strategischen Zielen langfristig sogar entgegenwirken. Je weniger verlässlich die USA auftreten, desto einfacher kann China sich als berechenbarere Alternative positionieren und seinen Einfluss ausbauen. So nutzte China den G20-Gipfel in Johannesburg im November 2025, um eine neue »Green Minerals«-Allianz zu gründen. Sie soll die Zusammenarbeit bei grünen Energietechnologien für einen gerechten Wandel (*just transition*) intensivieren, die »Interessen der Entwicklungsländer besser schützen« und

eine »für beide Seiten vorteilhafte Kooperation« fördern. Damit versucht Peking bewusst, ein Gegennarrativ zum US-Kurs zu verbreiten, und unterstreicht den eigenen Führungsanspruch in globalen Rohstofflieferketten.

Und die Europäer?

Während die USA ein Rohstoffabkommen nach dem anderen unterzeichnen, ist ihre Rohstoffkooperation mit der EU merklich ins Hintertreffen geraten. Das im August 2025 von Präsident Trump und der EU vereinbarte Handelsabkommen enthält nur vage Bekenntnisse zur Zusammenarbeit in Rohstofflieferketten. Die Kooperation mit der EU beschränkt sich im Wesentlichen auf einen Critical Minerals Action Plan, der im Sommer von der G7 initiiert wurde und die Etablierung eines standardbasierten Rohstoffmarktes vorsieht. Unklar ist jedoch, ob die Vorstellungen der Trump-Administration mit denen der restlichen G7-Länder übereinstimmen. So zielt der G7-Plan auf einen Markt mit hohen sozialen und ökologischen Standards ab, der Transparenz entlang von Lieferketten, die Rechte betroffener Gemeinden und die ökologische Nachhaltigkeit im Bergbausektor stärken soll. Die US-Regierung hingegen versteht einen standardbasierten Markt in ihren bilateralen Rohstoffabkommen vor allem als Instrument finanzieller und marktstabilisierender Maßnahmen, etwa durch Preisabsicherungen und Investitionskontrollen.

Derweil liegt die von Präsident Biden ins Leben gerufene Minerals Security Partnership brach. Projekte, die bislang über die MSP angestoßen wurden, sind auf der offiziellen Webseite der US-Regierung nicht mehr zu finden. Generell ist fraglich, ob die zweite Trump-Administration angesichts ihrer ablehnenden Haltung gegenüber ESG- (Environmental, Social and Corporate Governance) und Nachhaltigkeitsstandards daran interessiert ist, eine Initiative fortzuführen, die jene Standards zu ihren Leitprinzipien macht. Auch der Boykott des G20-Gipfels in Südafrika, bei dem die verantwortungsvolle Förderung kritischer

Rohstoffe ein zentrales Anliegen war, nährt solche Zweifel. Er verdeutlicht, welchen Stellenwert multilaterale Initiativen für Washington derzeit einnehmen und dass sich die Trump-Administration bewusst nicht von solchen Formaten leiten lassen möchte.

Stattdessen ist die multilaterale Zusammenarbeit bei Rohstofffragen einem Bi- bzw. Minilateralismus gewichen, der den Führungsanspruch der USA ins Zentrum und die Kooperation mit den Europäern in den Hintergrund rückt. Mehr noch, einige von Trumps Vorstößen in der Rohstoffpolitik könnten die europäischen Bemühungen zur Diversifizierung ihrer Rohstofflieferketten sogar konterkarieren. So hätte etwa ein gemeinsames Abkommen zwischen der EU, den USA und der Ukraine über Rohstoffe und den Investitionsfonds für den Wiederaufbau nahegelegen, nicht zuletzt da die EU bereits eine Rohstoffpartnerschaft mit der Ukraine unterhält und perspektivisch ohnehin einen Großteil der Wiederaufbauhilfe leisten wird. Nun aber gewährt das Abkommen US-amerikanischen Unternehmen bevorzugten Zugang zu neuen Rohstoffprojekten, was europäische Unternehmen benachteiligen könnte. Auch das Projekt Lobito-Korridor – ein sich über 1.300 Kilometer erstreckendes Infrastrukturvorhaben, das die Bergbauregionen des Kongo und Sambias mit dem angolanischen Hafen Lobito verbinden soll – war ursprünglich als gemeinsames, entwicklungsorientiertes Rohstoffvorhaben mit der EU und der G7 geplant. Unter der Trump-Regierung droht es nun jedoch unilateral auf die Eigeninteressen der USA ausgerichtet zu werden.

Zugleich ist die transatlantische Partnerschaft ähnlich wie in Handels- und Bündnisfragen auch im Rohstoffbereich von erheblicher Unsicherheit gekennzeichnet. So war man sich in Brüssel kurzzeitig nicht darüber im Klaren, ob der im Oktober 2025 von Trump und Xi ausgehandelte Aufschub chinesischer Exportrestriktionen für seltene Erden auch für europäische Abnehmer gilt oder ob die USA ausschließlich für sich verhandelt haben. Dieses Mal haben die Euro-

päer noch von der Verhandlungsmacht der USA profitiert. Dennoch ist keinesfalls gewiss, dass es beim nächsten Handelskonflikt um kritische Rohstoffe – und den wird es sicher geben – angesichts der wackeligen Partnerschaft mit den USA genauso glimpflich für die EU abläuft.

Fazit und Empfehlungen

Auch Donald Trumps zweite Amtszeit zeigt, dass Europa für die US-Administration kein gleichberechtigter Partner ist. An die Stelle gemeinsamer Abstimmungen und verlässlicher Zusagen ist eine kritische bis antagonistische Haltung Washingtons gegenüber Brüssel getreten, die ebenfalls den Rohstoffsektor betrifft. Damit sieht sich die EU bei der Sicherung kritischer Rohstoffe inzwischen nicht mehr nur im Wettbewerb mit China, sondern in wachsendem Maße auch mit den USA. Die unter Biden geweckte Erwartung, die Abhängigkeit bei strategischen Rohstoffen gemeinsam mit den USA zu reduzieren und dabei auf Washingtons Marktmacht als Gegengewicht zu China zu vertrauen, hat sich unter Trump endgültig zerschlagen.

Für die EU und Deutschland unterstreicht dies ein weiteres Mal, wie dringlich es ist, die eigene Rohstoffdiversifizierung entschlossener voranzutreiben. Ohne sich Trumps Politikstil zu eigen zu machen, bedarf es dennoch einer offeneren und pragmatischen Debatte darüber, welche industriepolitischen Instrumente sich für den europäischen Kontext adaptieren lassen. Solange China seine Vormachtstellung in Rohstofflieferketten dazu nutzt, den Markt mit Hilfe von Überkapazitäten, staatlichen Subventionen und Exportkontrollen taktisch zu verzerren, bleibt die Finanzierung von Rohstoffprojekten eine zentrale Herausforderung. Die Rohstoffoffensive der Trump-Regierung erhöht den Druck, dass die EU vom Reden ins Handeln kommt, nicht zuletzt um bestehende Kapazitäten nicht auch noch an Washington zu verlieren.

Es gilt daher, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das sowohl angebotsseitige Ins-



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2025A56

trumente – wie die unter Trump eingeführten Preisabsicherungen für bestimmte Rohstoffe – als auch nachfrageorientierte Impulse berücksichtigt, etwa durch verlässliche und wirkungsvolle Rahmenbedingungen für die Elektromobilität, wie sie unter Bidens IRA geschaffen wurden. Die Initiative RESourceEU, Anfang Dezember 2025 von der EU-Kommission vorgestellt, sendet ein erstes wichtiges Signal. Mit der für 2026 geplanten Bildung eines European Critical Raw Materials Centre können vorhandene Fördermöglichkeiten und Policy-Instrumente einzelner Mitgliedstaaten in Zukunft besser gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Auch die Aussicht auf zusätzliche Mittel zur Projektfinanzierung und auf eine Prüfung möglicher Preisstabilisierungsmechanismen ist zunächst positiv zu bewerten. Entscheidend ist jedoch, diese Instrumente so einzusetzen, dass sie der Industrie klare Investitionssignale geben, um zusätzliche private Mittel zu mobilisieren.

Hinsichtlich der europäischen Rohstoffaußenpolitik bleibt die RESourceEU-Initiative indes weiterhin vage. Dabei müsste der offensive Kurs der Trump-Regierung – wie etwa das 8,5 Milliarden US-Dollar schwere Rohstoffabkommen mit Australien – verdeutlichen, dass die EU auch hier aktiver werden muss, um ihre Rohstoffpartnerschaften finanziell und operativ aufzuwerten. Derzeit genießen Partnerländer gegenüber Nicht-Partnern kaum greifbare Vorteile. Um dies zu ändern, sollte die EU gezielte wirtschaftliche Anreize bieten, ähnlich den an lokale Beschaffungskriterien gekoppelten Steuervergünstigungen für Freihandelspartner im Rahmen des IRA. Solche Maßnahmen müssen vor allem darauf abzielen, den Ausbau lokaler Weiterverarbeitungsstrukturen im Interesse der Partnerländer stärker zu fördern, den Rohstoffsektor im Sinne wirtschaftlicher Diversifizierung und industrieller Transformation gezielt mit anderen Sektoren zu ver-

knüpfen und dies entwicklungspolitisch eng zu begleiten. So kann sich die EU in ihrer Rohstoffaußenpolitik klar vom Kurs der Trump-Administration und der Marschroute Chinas abgrenzen und Partnerländern glaubwürdig vor Augen führen, dass sie auch in geopolitisch schwierigen Zeiten zu ihren Bekenntnissen steht.

Zuletzt gilt es, die zunehmende »Versicherheitlichung« des Rohstoffdiskurses kritisch zu hinterfragen. Für Irritation sorgt in einigen Partnerländern die Abkehr der US-Regierung vom einstigen Leitmotiv »Rohstoffe für die grüne Transformation unter hohen Nachhaltigkeitsstandards« – das vor allem in der Kommunikation mit rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens lange bemüht wurde – hin zu einem offenen Fokus auf Deregulierung, Verteidigung und nationaler Sicherheit. Das befeuert auch in der EU und in Deutschland erneut einen Diskurs, in dem Sicherheit und Nachhaltigkeit im vermeintlichen Interesse der Versorgungssicherheit gegeneinander ausgespielt werden. Einerseits fordert die Bundesregierung einen standardgeleiteten Rohstoffmarkt. Andererseits setzt sie sich dafür ein, dass zentrale Instrumente zur Durchsetzung und Überprüfung jener verantwortungsvollen Rohstoffpolitik – allen voran das europäische Lieferkettengesetz – massiv beschnitten werden, auch auf Druck der US-Regierung. Solch ein Vorgehen sendet ein falsches Signal sowohl an die Industrie als auch an Partnerländer im Globalen Süden. Wenn Deutschland und die EU bei Nachhaltigkeitsstandards und Transparenz zurückweichen, wird das weder die Resilienz europäischer Rohstofflieferketten erhöhen noch Europas Glaubwürdigkeit als verlässlicher Partner gegenüber Ländern des Globalen Südens sichern.

Inga Carry war bis Juli 2025 Wissenschaftlerin an der SWP. Derzeit arbeitet sie freiberuflich als wissenschaftliche Beraterin. Dieses SWP-Aktuell wurde im Rahmen des Projektes »Internationale Rohstoffkooperationen als Instrument für eine nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung« finanziert, das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gefördert wird.